

Die Novemberpogrome 1938 im Deutschen Reich – Historischer Überblick [und Einordnung]:

Der Begriff **Pogrom** stammt aus dem Russischen und bedeutet „Verwüstung“ oder „Krawall“. Seit den 1880er Jahren wurde er in Russland und bald auch in anderen Ländern für Übergriffe auf Juden verwendet.

In Deutschland war – wie in vielen anderen Ländern – die Judenfeindschaft bereits im Mittelalter verbreitet. [...] Die Aufklärung brachte im 18. Jahrhundert erste Schritte in Richtung Gleichberechtigung, die mit der Judenemanzipation zu Beginn des 19. Jahrhunderts formal vollzogen wurde. Doch ab den 1870er Jahren regte sich vor allem in ländlichen und protestantischen Regionen ein radikaler Antisemitismus, der rassistisch aufgeladen war und über den bisherigen religiös motivierten Antijudaismus weit hinausging. [...] Nach dem Ersten Weltkrieg machten viele Deutsche „die Juden“ für die Niederlage, soziale Not und politische Unruhen verantwortlich. Für die Nationalsozialisten gehörte der radikale Antisemitismus zum programmatischen Kern.

1933, zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur, gehörten den jüdischen Gemeinden in Deutschland etwa 500.000 Mitglieder an. [...]

Die nationalsozialistische Politik gegenüber den Juden bis 1938

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 bedeutete für die deutschen Juden einen tiefen Einschnitt. Schon im Frühjahr 1933 waren sie Übergriffen ausgesetzt, etwa beim reichsweiten Boykott der Geschäfte jüdischer Eigentümer am 1. April 1933. Etwa 37.000 Beamte und Rechtsanwälte wurden schon 1933 ihrer beruflichen Existenz beraubt, viele weitere Juden wurden in den Folgejahren aus ihren Berufen gedrängt. Eigentümer von Geschäften und Firmen wurden gezwungen, ihre Betriebe unter Wert zu verkaufen. Die Nationalsozialisten nannten das „Arisieren“; viele Deutsche bereicherten sich dabei.

[...] Spätestens seit den Nürnberger „Rassengesetzen“ von 1935 waren Juden in Deutschland aller Rechte beraubt. Nichtjuden und Juden wurden vom Regime strikt voneinander getrennt. Verstöße gegen die Rassengesetze wurden mit drakonischen Strafen geahndet. Denunziantentum war weit verbreitet. [...]

Die Novemberpogrome

Unmittelbarer Anlass für die Pogrome war ein Attentat auf den Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris Ernst vom Rath am 7. November 1938. Täter war der junge polnische Jude Herschel Grynszpan, dessen Familie wenige Tage vorher von Hannover nach Polen abgeschoben worden war.

Vom Rath erlag am 9. November 1938 seinen Verletzungen. Am selben Abend war in München die Partei- und Staatsspitze versammelt, um des Hitlerputsches am 9. November 1923 zu gedenken. [...] Nachdem die Todesnachricht die Parteispitze in München erreicht hatte, ließ diese zusammen mit dem Sicherheitsapparat reichsweit Pogrome organisieren. Dabei nutzte man den Umstand, dass an dem Abend wegen des Jahrestages des Hitlerputsches ohnehin fast in allen Ortschaften Versammlungen abgehalten wurden. Das vereinfachte die Nachrichtenweitergabe an SA- und SS-Mitglieder, die angewiesen wurden, in Zivilkleidung gegen die jüdischen Bewohner ihrer Ortschaften vorzugehen und deren Eigentum zu zerstören.

Fast überall erfolgten die zentral organisierten Übergriffe, die von der NS-Propaganda als „spontaner Volkszorn“ dargestellt wurden, nach demselben Muster: SA- und SS-Angehörige in Zivil drangen in der Nacht vom 9. auf den 10. November (örtlich auch in den Tagen danach) in Wohnungen und Geschäfte ein, plünderten und demolierten diese und

misshandelten die jüdischen Bewohner. Die Zerstörungswut richtete sich insbesondere gegen die Synagogen: Ihr Inventar wurde zerstört, die meisten Synagogen wurden niedergebrannt. Lediglich Gotteshäuser, die dicht an Wohnhäusern von Nichtjuden standen, blieben verschont. Die Feuerwehren, die zuvor instruiert worden waren, sahen dem Treiben tatenlos zu bzw. griffen nur ein, wenn das Feuer auf „deutsches“ Eigentum überzugreifen drohte.

Noch in der Nacht sowie am Folgetag, dem 10. November 1938, nahm die Polizei mehrere Zehntausend jüdische Männer, Frauen und Kinder fest und brachte sie in lokale Polizeistationen. Die Frauen wurden bald wieder freigelassen. 30.000 Männer hingegen verschleppten Gestapo, SS und Polizei in die Konzentrationslager.

Am Morgen des 10. November waren die Straßen vor den Wohnhäusern und Geschäften von Juden mit Scherben und Hausrat übersät – Anlass für Zeitgenossen, den Pogrom als „Kristallnacht“ zu bezeichnen. Später nahm sich die NS-Propaganda dieses Begriffs an.

Nach Schätzungen starben allein in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 rund 400 Menschen, die meisten nach brutalen Misshandlungen durch SA- und SS-Angehörige. Mindestens 600 weitere Juden wurden in den folgenden Wochen in den Konzentrationslagern ermordet. Über 1400 Synagogen und Betstuben wurden vollständig zerstört, dazu unzählige Wohnungen und Geschäfte.

Die nichtjüdische deutsche Bevölkerung stand den Pogromen überwiegend indifferent bis distanziert gegenüber. Die brutale, „ungeordnete“ Gewalt schreckte viele ab. Insbesondere in ländlichen Gebieten beteiligten sich aber auch Kinder und Jugendliche, meist im Verband der Hitlerjugend, an Übergriffen. Örtlich feuerten Schaulustige auch die SA- und SS-Schlägerbanden an. Oftmals beteiligten sich Anwohner an Plünderungen oder bedienten sich am Mobiliar, das auf die Straßen geworfen worden war. Berichte über Hilfeleistungen für verfolgte jüdische Nachbarn sind eher selten.

Folgen

Die meisten in die Konzentrationslager Verschleppten kamen nach einigen Wochen zunächst wieder frei, insbesondere, wenn sie zu emigrieren versprochen. Den in Deutschland lebenden Juden wurde wenige Tage nach den Pogromen eine „Sühnezahlung“ in Höhe von 1 Mrd. Reichsmark zur Behebung der Schäden auferlegt. Zudem wurden sie nun durch eine Serie von Verordnungen endgültig aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben im Deutschen Reich ausgeschlossen.

Vielen Juden gelang es in den Folgemonaten, zu emigrieren. Doch mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 war diese Möglichkeit nicht mehr gegeben. Während die jüdische Bevölkerung im besetzten Polen in Ghettos gepfercht wurde, mussten die im Reich verbliebenen Juden bis 1940 in sogenannte Judenhäuser umziehen. Von dort erfolgte zwischen 1941 und 1943 ihre Deportation in Ghettos und Vernichtungslager im Osten.

Dort begann 1941 mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion der Massenmord an den europäischen Juden. Ab Juni 1941 erschossen Einheiten von SS und Polizei mit Unterstützung der Wehrmacht hinter der Front über eine Million Menschen. Später verlagerte sich der Schwerpunkt des Mordens in die Vernichtungslager im besetzten Polen. Insgesamt ermordeten die Nationalsozialisten fast sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer aus fast allen Ländern Europas.

Weiterführende Literatur und Links

gekürzt und zusammengestellt durch Bie nach:
<https://pogrome1938-niedersachsen.de/novemberpogrome-1938/>

Zugriff am 11. 11. 2018

Die Novemberpogrome 1938 in Göttingen

Vorgeschichte

In Göttingen gab es bereits im Jahr 1289 die erste Erwähnung einer jüdischen Gemeinde mit einem urkundlichen Verweis [...]

Die erste Synagoge, aus dem 14. Jahrhundert stammend, welche in der Judenstraße stand, wurde im Zuge [...] der ersten Verfolgungswelle in Göttingen im Jahr 1350 zerstört. Anlass war der Vorwurf, jüdische „Brunnenvergifter“ seien für den Ausbruch der Pest verantwortlich. In der Mitte des 15. Jahrhunderts fand der zweite große Abbruch des jüdischen Lebens in Göttingen statt. Diesem fiel unter anderem die jüdische Schule in der Speckstraße zum Opfer. Jüdisches Leben in Göttingen begann [...] erst wieder im 17. Jahrhundert zu erstarben, als einzelne Familien jüdischen Glaubens wieder nach Göttingen zogen.

Als im 18. Jahrhundert die Anzahl der Bürger*innen jüdischen Glaubens wieder anstieg [...] wurde eine Synagoge in einem Hinterhaus der Prinzenstraße eingerichtet. [...] 1869 [wurde] eine neue Synagoge in der Maschstraße errichtet, die 1872 eingeweiht werden konnte. Da die jüdische Gemeinde im Jahr 1890 bereits 450 Gemeindemitglieder zählte, wurde bald eine Erweiterung der Synagoge veranlasst. Diese erweiterte Synagoge blieb bis zu den Novemberpogromen in ihrer Form erhalten.

Anfeindungen [gegen jüdisches Leben in Göttingen fanden ab 1918 mit dem Ende des Ersten Weltkrieges] öffentlich statt, der „Verband zur Befreiung des Judenjochs“ gründete 1919 eine eigene Ortsgruppe in Göttingen und publizierte Aufrufe zum Boykott von Geschäften mit Besitzern jüdischen Glaubens. Zu dieser Zeit umfasste die jüdische Gemeinde fast 500 Personen. Gleichzeitig druckte das noch heute existierende Göttinger Tageblatt bereits zum Ende der Kaiserzeit antisemitische Artikel gegen Mitbürger*innen jüdischen Glaubens und rief zum Kampf gegen Juden auf.

Die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung Göttingens erfuhr bereits in den 1920er Jahren einen weiteren tiefen Einschnitt, als Mitglieder der NSDAP sowie die Schülerinnen einer Mädchenschule mit Flugblättern gezielt zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verstärkten sich diese Boykotte. Zudem [drängte die Göttinger Universität jüdische Studenten und Professoren aus der Universität.]

Bereits 1933 fand eine Welle von Geschäftsaufgaben in der Göttinger Innenstadt statt, nachdem die NSDAP die jüdischen Besitzer der Geschäfte bedroht und an ihren Läden Hetzplakate angebracht hatte. [...]

Bedingt durch den wachsenden Antisemitismus in Göttingen verließen ab 1933 die meisten Göttinger Juden ihre Heimat. Ein Teil flüchtete ins europäische Ausland, emigrierte in die Vereinigten Staaten oder floh in größere deutsche Städte [...] Bereits im Oktober 1938 löste der letzte Vorsteher der Gemeinde, Herrman Ostfeldt, die jüdische Gemeinde Göttingen auf und floh nach Palästina.

Bis 1938/39 verließen über 200 der 450 Göttinger Gemeindemitglieder die Stadt. Die verbliebenen 250 wurden von den Nationalsozialisten im Zuge der Shoa schließlich in Ghettos und Konzentrationslager deportiert. Die meisten von ihnen wurden ermordet.

Die Ereignisse im November 1938

Am späten Abend des 9. November 1938, gegen 23.00 Uhr, trafen sich im Sitzungssaal des Göttinger Rathauses der SS-Standartenführer Friedrich Steinbrink, der amtierende Oberbürgermeister Albert Gnade, der Leiter der Feuerwehr Wilhelm Rodenwald und die

Leitung der Kriminalpolizei Göttingen, um zu beraten, wie die Göttinger Synagoge am besten anzuzünden sei.

Rodenwald eilte zwischenzeitlich zu seinem Haus, um seine privaten Benzinvorräte zur Synagoge zu bringen. Die Freiwillige Feuerwehr stand unter der Leitung von Hermann Grote bereit, um angrenzende Häuser vor dem Flammen zu schützen, als Mitglieder der SS die Synagoge an der Unteren Maschstraße am 10. November 1938 um 01.00 Uhr nachts in Brand setzten.

Am Vormittag des 10. November 1938 wurden die Fassaden der Synagoge kontrolliert gesprengt, auch wenn die gesamte Synagoge und deren Inneneinrichtung bereits über Nacht ausgebrannt waren. Zahlreiche Schaulustige aus der Göttinger Bevölkerung begleiteten schließlich die endgültige Zerstörung und Sprengung der Synagoge.

Noch am 10. und am 11. November 1938 stürmten Mitglieder der SA und SS Geschäfte und Wohnungen jüdischer Familien, zerstörten deren Eigentum, misshandelten und verhafteten jüdische Familien und brachten sie in das örtliche Polizeigefängnis.

Angesichts der vielen Verhafteten war das Polizeigefängnis schnell überfüllt. Aus diesem Grund wurden einige Inhaftierte teilweise bereits nach kurzer Zeit wieder entlassen, um Platz zu schaffen. Manche Juden blieben jedoch noch bis ins Jahr 1939 dort inhaftiert.

Folgen

[...]Von den circa 250 in Göttingen nach der Pogromnacht verbliebenen Juden konnten bis 1939 einige wenige ins Ausland fliehen. Einige weitere jüdische Frauen und Männer waren durch „Mischehen“ geschützt.

Die meisten Göttinger Juden wurden allerdings im Zuge von zwei Deportationen im Jahr 1942 verschleppt und ermordet. 79 Personen wurden am 1. April 1942 zuerst nach Hannover überführt, um von dort aus in Viehwaggons nach Warschau deportiert zu werden. Die zweite Deportation fand am 21. Juli 1942 statt und umfasste auch die 27 Bewohner des „Judenhauses“ an der Weender Landstraße. [...]

Spuren und Gedenken

Einige jüdische Familien kehrten bereits nach 1945 wieder nach Göttingen zurück [...]

Die baulichen Reste der Göttinger Synagoge waren bereits in den späten 1930er Jahren gänzlich abgetragen worden. 1973 wurde an ihrem Standort zum Gedenken an die Opfer und die Geschehnisse der Pogromnacht eine Plastik als Mahnmahl errichtet. [...]

Seit 1994 existiert in Göttingen die wieder gegründete „Jüdische Gemeinde Göttingen e.V.“, die seit 2008 ihre Gottesdienste in der original erhaltenen Synagoge aus dem nahe gelegenen Bodenfelde abhält, die abgebaut und in Göttingen wiederaufgebaut wurde. [Angerstraße 14]

Die 2005 gegründete „Jüdische Kultusgemeinde für Göttingen und Südniedersachsen e.V.“ nutzte seit 2008 eine Wohnungssynagoge, die 2014 durch eine Kellersynagoge in einem arisierten jüdischen Gebäude in der Rote Straße 28 ersetzt wurde. Hier befindet sich auch die einzige Göttinger Mikwe. [...]

Weiterführende Literatur und Links [...]

*Autor_innen: Hendrik Torno und Tabea Gudd, Studierende der Leibniz Universität Hannover
gekürzt und zusammengestellt durch Bie nach:
<https://pogrome1938-niedersachsen.de/goettingen/>*

Zugriff am 11. 11. 2018